II. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Erscheint 1—2 mal wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH“

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 60 | 8. Oktober 1919 | י״ד תשרי תר״ף | Preis 30 Cts.

Abhaltung der Zion. Jahreskonferenz voraussichtlich in der Schweiz.

Der Londoner Korrespondent der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ telegraphiert: *Die Zionistische Jahreskonferenz dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach im Dezember oder Januar in Basel oder Bern stattfinden.*

Die Zionistische Konferenz in Chicago.

Der amerikanische Korrespondent der „J.P.Z.“ berichtet: In Anwesenheit von mehr als 3000 Personen, Delegierten und Gästen, wurde am 14. September die 22. Konferenz der amerikanischen Zion. Organisation durch den Präsidenten der Einberufungskommission, Richter Hugo *Pam*, im Theater „Auditorium“ in Chicago eröffnet. Auf der Bühne des Präsidiums erschienen u. A. der Ehrenpräsident der amerikanischen Zion. Organisation, Oberrichter Louis D. *Brandeis*, der Präsident der Amerik. Zion. Organisation, Oberrichter Julian W. *Mack* und der Vizepräsident, Rabbi Stephen S. *Wise*, die mit grosser Begeisterung begrüsst wurden.

Als erster Redner trat Julian W. *Mack* auf. Als politische Redner referierten Louis D. *Brandeis* und Prof. *Frankfurter* über den Stand der Palästinafrage. Rabbi Stephen S. *Wise* hielt das Referat über die politische Lage der Juden in Europa. Ein weiterer ausführlicher Bericht unseres Korrespondenten, der nach Schluss der Redaktion eintraf, folgt in der nächsten Nummer.

Erleichterung der Immigration nach Palästina.

Aus London wird der „Jüdischen Presszentrale“ telegraphiert: Wir erfahren aus sicherer Quelle, dass bereits jetzt gewisse Erleichterungen bei der zukünftigen Einwanderung nach Palästina gewährt werden. Das infolge der militärischen Besetzung des Landes derzeit bestehende Einreiseverbot, ist für folgende drei Kategorien von Personen aufgehoben worden: 1.) für diejenigen Personen, die schon vorher in Palästina gewohnt haben und jetzt dorthin zurückzukehren wünschen; 2.) für diejenigen Personen, die nach Palästina kommen wollen, um dort produktive Unternehmungen zu gründen und die dazu nötigen Mittel besitzen; 3.) für Personen, die in irgend einem intellektuellem Fache ausgebildet sind, wie z. B. Ingenieure, Baumeister u. drgl.

Sehr wichtig ist die Tatsache, dass die einzelnen lokalen zion. Organisationen berechtigt sein werden, den betreffenden Personen ein Zeugnis auszustellen, dass sie in eine dieser drei Kategorien fallen. Betreffs des Passvisums, resp. der Einreiseerlaubnis wird man sich nicht mehr, wie bisher, an die Zentralregierung, sondern an den betr. lokalen Vertreter der englischen Regierung zu wenden haben, dem das Recht zustehen wird, diese Erlaubnis zu erteilen.

Die Wahrheit über den Zionismus.

Dr. D. *Pasmanik,* früher Privatdozent in Genf, in letzter Zeit Mitglied der Krimer Regierung, der jetzt an den Arbeiten des Komitees der Jüdischen Delegationen in Paris regen Anteil nimmt, veröffentlicht unter obigem Titel einen Artikel in der Londoner „Jewish Times“, dem weitere Artikel unter der allgemeinen Ueberschrift „Zionistische Probleme“ folgen sollen.

In diesem ersten Artikel heisst es: „Wenn man einerseits von grossen Siegen des Zionismus spricht, der schon quasi verwirklicht oder wenigstens der Verwirklichung sehr nahe steht, so behauptet man anderseits, dass man die Massen irregeführt habe, und dass die jetzigen zion. Führer an den Idealen unseres unvergesslichen Führers Herzl, Verrat geübt haben. *Zangwill* selbst, der schon seit langem vom Zionismus abgefallen ist, und sogar schon aufgehört hat, Geographie zu studieren, um irgendein Territorium für unser Volk zu finden, hat dies öffentlich erklärt. Weshalb haben sich die zion. Führer begnügt mit dem unbestimmten „jüdischen nationalen Heim“ und keinen jüd. Staat gefordert? Darauf könnte man ganz einfach antworten: wer hat denn Zangwill und alle, die mit ihm einverstanden sind, gestört, als Helden aufzutreten und einen jüd. Staat zu fordern. Weshalb haben alle unsere grossen Politiker, die in allen Ländern zerstreut sind, nicht zu fordern versucht, dass ein Staat international anerkannt werde? Man kann all' diese Fragen stellen, aber den Widerspruch werden sie nicht lösen. Ich weiss nicht, was unsere unzufriedenen Politiker erreicht hätten, aber eins kann man bestimmt sagen: wenn wir auch die formale Anerkennung unserer weitgehendsten Forderungen erreicht hätten, sagen wir, einen jüd. Staat mit allen formellen Attributen, wäre der Zionismus doch in derselben Situation geblieben wie jetzt. Es hätte sich nichts geändert. Das jüd. Volk hat in den langen Galuth-Jahren seine tätige Energie verloren und hat blos die Möglichkeit passiven Widerstandes. Und wenn es auch schon etwas zu schaffen beschlossen hat, so liegt dies auf der Linie des kleinsten Widerstandes.

Was ist Zionismus? Ein jüd. Staat, den man von einer oder vielen Grossmächten erhält und Schluss. So denkt die Masse und so denken bedauerlicherweise alle grossen und kleinen „Träumer aus dem Ghetto". Dies alles ist aber nicht richtig. Wenn man den Zionismus auf den einfachsten Ausdruck bringen will, so ist er zu allererst kein politischer Erfolg, nur eine Aufgabe für eine Organisation für die ökomischen Kräfte des jüd. Volkes. Die Verwirklichung des Zionismus hängt nur davon ab, was unser Volk allein mit seinen eigenen Kräften schaffen wird. Je mehr ökonomische Kräfte der Zionismus haben wird, desto schneller wird er politische Erfolge erzielen können. Der Zionismus ist praktisch zu allererst ein Problem der Massen-Ansiedelung von Juden in Palästina, ein sehr schweres Problem und ein Unternehmen, zu dem man Hunderte Millionen Pfund Sterling benötigt, überhaupt, wenn man von einer Emigration nicht nach New York oder London, in schon fertige ökonomische Zentren spricht, sondern nach Palästina, wo man alles erst von Grund auf schaffen muss. Es handelt sich nicht um eine Immigration von städtischen Arbeitern und Kaufleuten, sondern um eine solche, die eine agrikulturelle Bevölkerung schaffen soll. Dies sind alles Fragen nicht einer gelungenen Politik, sondern einer systematischen Organisierung unserer ökonomischen Kräfte. Bestenfalls kann die Politik für uns bloß Bedingungen für die Arbeit schaffen, aber nicht die Tatsachen, die Wirklichkeit.

Seien wir offen; in unserer Epoche von politischer Sentimentalität kann man nicht nach einem jüd. Staat rufen, wo die Juden vorderhand nur eine Minderheit im Lande bilden. Blos Dichter können die Phrase wiederholen, „gebet ein Land ohne Volk, dem Volk ohne Land". Es ist wohl wahr, dass die Juden ein Volk ohne Land sind, aber nicht wahr ist es, dass Palästina ein Land ohne Volk ist. In Wirklichkeit ist Palästina nur ein Land, das bei hoher Kultur weitere vier Millionen Menschen ernähren kann. Darauf stützt sich der Zionismus. Man darf aber nicht vergessen, dass unsere wirkliche Politik erst dann beginnen wird, wenn die Juden die Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung bilden werden. Mit anderen Worten: wir müssen zu allererst in den nächsten Jahren in Palästina 600,000 Juden ansiedeln. Dies ist eine riesige ökonomische Aufgabe. Laut Berechnungen der massgebendsten Fachleute benötigen wir für die nächsten Jahre mindestens 20 Millionen Pfund, um eine planmässige Immigration in Palästina leiten zu können. d. h. um raschestens eine jüd. Mehrheit in diesem Lande zu schaffen, eine Mehrheit, die in ihrer ökonomischen und kulturellen Schöpferkraft stark sein soll, stark nicht mit Prätentionen, sondern mit realer Kraft. Dies ist die nächste Aufgabe des Zionismus, die nicht leicht durchführbar ist. Um diese Frage zu lösen, bedarf es der Anstrengung aller Kräfte unseres Volkes, der materiellen und geistigen. Man darf sich nicht mit Politik oder mit fruchtloser Kritik beschäftigen. Man muss alle Volkskräfte sammeln und sie planmässig organisieren. Das Volk muss alle Schwierigkeiten der vor uns stehenden Aufgabe kennen, und muß verstehen, dass von seiner eigenen Energie, Organisierung und Opferwilligkeit die Erreichung *unseres* Ideals, d. h. *seiner* Rettung abhängt. Wir stehen jetzt vor einer ganz unerwarteten Schwierigkeit. Die ökonomischen Kräfte des ganzen östlichen Judentums, das am meisten am Zionismus interessiert ist, sind de facto jetzt und noch für mehrere Jahre paralysiert. Zum grössten Teil sind die Ostjuden, besonders die Südostrusslands, ausgeplündert und ruiniert und das Judentum des Ostens besitzt jetzt Papiergeld, das auf dem internationalen Markte beinahe gar keinen Wert hat. Ausserdem kann es überhaupt nicht organisiert werden, wegen des vollständigen Zerfalles von Russland. Dem westeuropäischen und amerikanischen Judentums obliegt jetzt die Pflicht, die leeren Plätze einzunehmen, die durch den Zerfall von Osteuropa geschaffen worden sind, um dem Zionismus die Mittel zu geben, die zur Organisierung des Anfangs der Massen-Emigration nötig sind. Ich wiederhole: in der jetzigen Zeit ist der Zionismus keine politische, sondern eine ökonomische Frage."

Beratungen der Poale-Zion.

Die Ende Juli infolge Abreise einiger Delegierter zur Internationalen Sozialistenkonferenz in Luzern unterbrochenen Beratungen des Weltverbandes Poale-Zion, wurden neuerlich weitergeführt, unter Teilnahme der Mitglieder des Verbandsbüros *Chasanowitsch, Jahrblum, Locker, Kaplansky* und *Rewutzki,* sowie Vertreter der Organisationen in Polen, *Pinchas* und *Nir,* Deutschland, *Rubaschow* und Amerika *Dr. Syrkin.* Es wurde beschlossen, dass die Landesorganisationen in Palästina, Amerika, Russland, Ukraine und Polen zum Genfer Sozialistenkongress je einen Delegierten entsenden sollen. Die übrigen 3 Mandate werden vom Verbandsbüro zur Vertretung der übrigen Landesverbände, wie des Büros verteilt werden.

In die nach Palästina zu entsendende Arbeiterkommission wurden gewählt: *Chasanowitsch, Nir, Oscar Cohn, Rubaschow* und *Rewutzki.* Laut vorliegenden Mitteilungen werden auch aus Amerika 3 Vertreter an dieser Kommission teilnehmen.

Während des Genfer Kongress soll eine Vorkonferenz der Vetreter der verschiedenen Richtungen innerhalb der jüd. Arbeiterbewegung stattfinden zur Beschlussfassung über die evtl. Einberufung eines *jüdischen Arbeiterweltkongresses.* Ferner wurde beschlossen die Arbeiten für den Palästinaarbeiterfond zu reorganisieren und zu zentralisieren. Das Verbandsbüro übernimmt provisorisch die Funktionen der Zentralleitung bis zur Weltkonferenz. Die Weltkonferenz soll am 10. Januar 1920 stattfinden. Ueber den Ort der Konferenz hat das Verbandsbüro zu entscheiden.

In nächster Zeit soll ein Sammelbuch herauskommen, in welchem die Fragen die auf der Tagesordnung des Genfer Sozialistenkongresses und der poale-zionistischen Weltkonferenz stehen, behandelt werden sollen.

Die Behandlung der Probleme der Palästinaarbeit, der Instruktionen an die Arbeiterkommissionen für Palästina, des zion. Kongresses und des jüd. Weltkongresses ist bis zur Ankunft der Delegierten aus Palästina, die demnächst erfolgen soll, vertagt worden.

Im Anschluss an diese Beratungen fand in Stockholm eine imposante Massenversammlung mit der Tagesordnung „Die Judenfrage nach dem Krieg" unter Vorsitz von *Kaplansky* statt. Es referierten Dr. *Syrkin* aus New-York über die Behandlung der Judenfrage an der Friedenskonferenz, *Rewutzki* über die Judenfrage in der Ukraine, *Nir* über den jüd. poln. Konflikt, *Blumenfeld*

aus Jaffa über die Lage in Palästina, *Rubaschow* über die Lage der Juden in Osteuropa und *Chasanowitsch* über den jüd. Weltkongreß.

Ein Dokument über die Lage der Juden in Bulgarien.

Bulgarien hat der Friedenskonferenz eine Note überreicht, in der es gegen die Minoritätsklausel protestiert. Um die besondere Freundlichkeit der bulgarischen Regierung den Juden gegenüber zu beweisen, überreichte die bulgarische Delegation der Friedenskonferenz eine von der jüd. Gemeinde verfasste Denkschrift, der wir u. a. folgendes entnehmen:

Bei seiner Gründung zählte Bulgarien, Südbulgarien inbegriffen, nur 15,000 Juden. Heute sind es 60,000. Diese Tatsache an sich ist schon sehr beredt, besonders wenn man bedenkt, dass in der gleichen Zeit Serbien und Griechenland keinen Zuwachs ihrer jüd. Minoritäten zu verzeichnen hatten und Rumänien fast 100,000 jüdische Personen verlor. Die nach Bulgarien eingewanderten Juden sind fast aus allen Ländern Osteuropas gekommen, besonders aus Russland, Rumänien und Polen, den Ländern der Pogrome. Ueber Rustschuk, Varna und Saloniki sind jährlich Tausende auf der Flucht vor dem russischen und rumänischen Judenhass nach dem toleranten Bulgarien gekommen. Als 1895 in Russland Judenverfolgungen ausbrachen, hat Bulgarien allein unter allen Ländern Europas den jüd. Flüchtlingen seine Tore weit geöffnet. Die meisten dieser Flüchtlinge sind bulgarische Bürger geworden und geniessen alle politischen und bürgerlichen Rechte. Während des rumänischen Bauernaufstandes 1904, wurden alle bulgarischen Häfen von jüd. Flüchtlingen überschwemmt. Anstatt ihnen den Eintritt zu verwehren, wie dies durch andere Länder geschah, hat die Regierung von Sofia an die Präfekten der Donaustädte ein Zirkulartelegramm erlassen, in welchem vorgeschrieben wurde, mit Hilfe der jüd. Lokalgemeinden alle Massregeln zu treffen, damit für die ersten Bedürfnisse der Flüchtlinge gesorgt sei und sie in das Innere des Landes zu leiten. Keiner von ihnen hat seitdem das Land wieder verlassen.

Der Zutritt zu den öffentlichen Aemtern ist allen Staatsangehörigen ohne Unterschied der Religion geöffnet. Das jüd. Element ist in einigen Ministerien und im Professorat würdig vertreten. Die freien Berufe stehen ebenfalls den jüd. Akademikern offen. Es gibt in Bulgarien angesehene jüd. Aerzte, Architekten, Ingenieure etc. Viele Banken und Industrieunternehmungen sind in jüd. Händen. Prozesse zwischen Juden und Bulgaren sind äusserst selten. Die Juden nehmen in hohem Masse am politischen Leben des Landes teil. Bei den letzten Abgeordneten-Wahlen befanden sich Juden auf allen Kandidaten-Listen. In den Direktionskomitees vieler Parteien sitzen Juden und ihre Stimme ist auch schon in der Kammer erklungen, wo sie bald vertraut sein wird.

Niemals hat Bulgarien versucht die Juden zur Assimilation zu veranlassen. Der Bulgare denkt ganz richtig, dass ein Jude, der seine Nationalität verleugnet, auch kein guter Bulgare sein wird. Die Entwicklung des jüd. Nationalgefühls unterliegt nicht nur keinerlei Einschränkung, vielmehr hat erst kürzlich ein Kabinettsmitglied vorgeschlagen, alle jüd. Schulen auf Staatskosten zu unterhalten. In Sofia unterhält die jüd. Gemeinde 3 Schulen mit etwa 2000 Schülern und einem Jahresbudget von 230,000 Frs. Diese Schulen sind wahre Stätten der nationalen jüd. Kultur.

Interessant ist zu konstatieren, dass *Herzl* in Bulgarien seine ersten Anhänger fand. Die bulgarischen Zionisten gründeten die ersten zionistischen Zeitungen und von Bulgarien aus gingen die ersten Apostel freier Verheissung nach Konstantinopel, Saloniki, Athen, Serajewo, Belgrad und Kairo. Da Bulgarien selbst die nationale Freiheit schätzt, hat es den Zionismus begriffen und ihn erblühen lassen. Mehrere Male haben die politischen Führer Bulgariens sich offen *für die Bildung eines jüdischen Staates in Palästina* ausgesprochen. Endlich war die bulgarische Regierung eine der ersten, die die zion. Organisation offiziell anerkannt hat.

Zu den Stadtratswahlen in Wilna.

Bei den am 7. Sept. in Wilna stattgefundenen Stadtratswahlen (s. J.P.Z. Nr. 56/57) haben die Juden bloß 14 Mandate errungen, obwohl nach der Zahl der jüd. Bevölkerung Wilnas, die derzeit ca. 45000 Seelen beträgt (J.P.Z. Nr. 55) den Juden eine viel stärkere Vertretung zugekommen wäre. Herr Dr. *Soloweitschik,* Minister für jüd. Angelegenheiten in Litauen sendet uns zur Klarstellung dieser merkwürdigen Tatsache folgende Erklärung:

Sobald man erfuhr, daß die polnischen Okkupationsbehörden die Absicht hegten, in Wilna Wahlen für den Stadtrat vorzunehmen, war es klar, daß diese Wahlen weniger den Munizipalinteressen der Stadt, als den Zwecken der Besetzungspolitik dienen sollten. Diese schlecht verhüllte Absicht hat bewirkt, daß jede Klasse der Bevölkerung zu den Wahlen eine besondere Stellung eingenommen hat. Die Bevölkerung litauischer Abstammung hat beschlossen, die Wahlen zu boykottieren. Dieser Boykott war ein Zeichen des Protestes gegen die Okkupationsmacht. Die litauischen Parteien glaubten übrigens berechtigter Weise, daß diese Wahlen nur eine Probe einer Volksabstimmung seien, und daß es gerecht wäre, daß die Ueberwachung einer solchen Abstimmung einem neutralen Lande übertragen werden sollte. Die jüd. Bevölkerung hegte zum großen Teil dieselben Befürchtungen, aber sie konnte den Boykott nicht verhängen, weil dieser die Polen allein als Herren der Munizipalität gelassen hätte.

Mit Rücksicht auf diese Verhältnisse haben alle jüd. Parteien, mit Ausnahme der sozialistischen, ihre Kandidaten zur Abstimmung gestellt. Alle ihre Wahlplakate bezogen sich ausschließlich auf Munizipalfragen ohne sich mit irgend einer politischen Richtung zu befassen. Im Gegensatz dazu führten die poln. Nationalisten eine rein politische Wahlkampagne und ihre Zeitung „Dziennik Wilensky“ appellierte an alle diejenigen, „die wollen, daß Wilna und die ganze Gegend zu Polen gehört für die Liste der polnischen Nationalisten zu stimmen“ (angeführt aus No 96 der in Wilna erscheinenden Zeitung „Tog“.) Die poln. Behörden die sehr wohl die Stimmung der jüd. Bevölkerung kannten und wußten, daß diese besonders nach den traurigen Ereignissen im April nicht anders sein konte, haben mit allen Mitteln versucht, die Zahl der jüd. Wähler zu verringern, und das prozentuale Verhältnis derselben dadurch zu vermindern, daß sie die umliegenden Landgemeinden der Stadt einverleibten. In No. 93 derselben Zeitung liest man, daß der Antrag

des Vorsitzenden des jüd. Komitees, die Wählerlisten zu kontrollieren, unter dem Vorwand zuückgewiesen wurde, daß „diese Listen geheim gehalten werden müßten.“ Diese Antwort läßt den Charakter der Wahlen in Wilna klar erkennen, und erklärt wie die Juden, die zumindest 43% der Bevölkerung bilden, mit 14163 Stimmen bei der Gesamtzahl von 49172 nur 29% der abgegebenen Stimmer erzielt haben.

Die Wahlenthaltnng der Juden erklärt sich außerdem durch die Schreckensherrschaft in den besetzten Teilen Litauens, die eben zum hauptsächlichen Zwecke hat, die jüd. Bevölkerung im Falle einer Volksabstimmung zum Schweigen zu zwingen.

Man sieht also, daß der Beweis, Wilna hätte einen polnischen Charakter, nicht erbracht ist.

Chronik.

Polen.

Szlome Emune Jisroel an die Zion. Organisation.

Laut Warschauer Zeitungen hat das Zentralkomitee der Szlome Emune Jisroel in Polen, durch Vermittlung des Zentralbüros der Agudas Jisroel in Zürich, an die zion. Repräsentanz in Paris ein Telegramm gerichtet mit der Aufforderung zur Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen den Zionisten und den Vertretern der Weltorganisation der Szlome Emune Jisroel, zwecks Erzielung eines Einverständnisses bezügl. der zukünftigen Verwaltung Palästinas. Das Telegramm unterstreicht, daß es, „was die Rechte der Juden auf Palästina anbelangt, bei den Juden gar keine Meinungsverschiedenheit gäbe. Es gibt auf der ganzen Welt auch keinen einzigen Juden, der nicht anerkennen würde die ewigen historischen Rechte der Juden auf Palästina, auf die wir während fast 2000 Jahren nicht verzichtet haben, wie es auch keinen gläubigen Juden gibt, der nicht glauben würde, daß man in Palästina das jüd. Leben auf religiöser Grundlage aufbauen müßte.“

Neuerlicher Erlaß über die Registrierung der Fremden.

Während der Neujahrsfeiertage wurde in Warschau bekannt, daß ein neuerlicher Erlaß über die Registrierung der Fremden dieser Tage publiziert werden wird. Der von verschiedenen Zeitungen mitgeteilte Text enthält so viel Unklarheiten, daß die maßgebenden Behörden den Zeitungsvertretern erklärten, der Erlaß werde erst mit der Affichierung rechtsverbindlich werden und daß zugleich auch Erläuterungen und eine authentische Interpretation desselben bekanntgegeben würden, zwecks Deutlichmachung der einzelnen Bestimmungen. Der jüd. Bevölkerung, die durch diesen Erlaß hauptsächlich betroffen wird, hat sich große Unruhe bemächtigt.

Antisemitische Wirtschaftspolitik der poln. Regierung.

Das Jüd. Pressbüro in Stockholm berichtet:

Die jüd. Zeitungen in Polen sind voll von Nachrichten, die von einer systematischen wirtschaftlichen Boykottpolitik der poln. Regierung gegenüber den Juden zeugen. Jüdische Salzhändler in Warschau teilten dem jüd. Abgeordneten des Nationalrates mit, dass sie an der Grenze von den Grenzbehörden gezwungen werden, ihre Ware mit Verlust an das poln. Aufkaufsamt zu verkaufen, das die Ware ausschliesslich an christliche Kaufleute und sogar an solche, die niemals mit dieser Ware gehandelt haben, weitergibt.

In Kolo (Gouv. Kalisch) wurde von der Regierung das Recht zum Ankauf von Lederrohstoffen ausschliesslich an zwei nichtjüdische Firmen erteilt, während die vielen jüd. Lederhändler, die einem professionellen Verein angehören und auf diese Weise von der Regierung zu jeder Zeit kontrolliert werden können, völlig ausserstande gesetzt sind, ihren Handel zu betreiben.

In Petrikau wurden 14 jüd. Bäckereien geschlossen, trotzdem sie sämtlichen sanitären Vorschriften nachgekommen sind. Die einzige Erklärung für dieses rigorose Vorgehen war die Tatsche, dass diese Bäckereien nicht dem Bäckerverein angehören, der aber keine jüd. Bäcker aufnimmt.

Was die Verfolgungen und Massenplünderungen nicht an jüd. Existenzen vernichten konnten, soll jetzt eine systematische Verdrängungspolitik vollbringen.

— Laut einer Meldung des poln. Kriegsministeriums wurde der jüd. Soldat *Daniel Kozak*, der berüchtigte Zeuge des angeblichen Ueberfalles auf das poln. Militär in Pinsk — dessen Aussage unmittelbare Ursache der Revision im Beth-Am war, die zu den traurigen Vorfällen führte — wegen verschiedener Mißbräuche von der Militärbehörde verhaftet.

Litauen.

— Anlässlich der Neu-Einrichtung einer poln. Universität in Wilna hatte der Wilnaer „Tog“ auch die Forderung erhoben, es möge dort ein Lehrstuhl für jiddische Sprache errichtet werden. Dazu bemerkt die „Gazeta Warszawska“, dass nur Juden die Frechheit haben können, derart arrogante Forderungen zu stellen. Die Juden scheinen die „schweren Sünden“ vergessen zu haben, die sie an den Polen während der zaristischen Herrschaft, der deutschen Okkupation und den bolschewistischen Zeiten verübt haben.

— Der bekannte Wilnaer Zionistenführer, *L. Joffe*, Vorsitzender der zion. Organisation in Litauen, ist aus Wilna nach Grodno übersiedelt. Wie verlautet beabsichtigt er sich nach Amerika zu begeben.

Ukraine.

Pogrome durch die Truppen Denikins.

Der ukr. Pressedienst meldet: Die Soldaten Denikins haben nach der Einnahme von Kiew in der Stadt einen zweitägigen Pogrom veranstaltet. Die Totenlisten der Kiewer Zeitungen weisen 27 Namen der Pogromopfer auf. Die Truppen des Generals Glasow haben in Bobrinska und Zwitkowo jüd. Geschäfte geplündert. In Odessa hat eine jüd. Abordnung beim Generalgouverneur Schilling Protest gegen die Judenausschreitungen der Freiwilligenarmee erhoben.

Veranstaltung von Pogromen durch die Armee Denikins.

Das Komitee der Jüdischen Delegationen in Paris hat genauere Nachrichten über die von der Armee Denikins praktizierten Pogrommethoden erhalten. Pogrome sollen in mehr als 30 Orten vorgekommen sein und die Zahl der Opfer einige Tausend überschreiten. Der Pariser Vertreter des „Hajnt“ zählt eine lange Reihe von Städten Südrußlands auf, in denen die Truppen Denikins Pogrome veranstaltet haben.

Der Pogrom in Zwihil.

Der „Moment" veröffentlicht einen Bericht aus *Korez* über einen Pogrom, der in *Zwihil* (Nowograd-Wolynsk) stattgefunden und zehn Tage lang gedauert hat.

In den ersten Tagen begnügte sich der Mob mit Räubereien und es wurde kein Blut vergossen. Am 15. Aug. begann das Morden der Juden. Täglich wurden die Verfolgungen immer größer. Die Juden von Zwihil, die vor Schreck den Kopf verloren hatten, verbargen sich in den Kellern und auf den Böden. Aber die verwilderten und blutdürstigen Uebeltäter fanden sie auch dort und mordeten sie erbarmungslos hin. Am 28. Aug. endlich näherten sich die Polen der Stadt. Nun zündeten die Banden die Stadt an allen Ecken an und im Verlauf einiger Stunden blieb von ihr nur ein Haufen Asche übrig. Nach Aeusserungen der Einwohner von Zwihil, die in dem in der Nähe liegenden Städtchen Korez angekommen sind, sind bei dem Pogrom in der Stadt mehr als tausend Juden umgekommen.

Rumänien.

Die neue rumänische Regierung und die Wahlen.

Der rumänische Gewährsmann der „Jüdischen Presszentrale Zürich" meldet: Der neue rumänische Ministerpräsident ist nur eine Figur *Bratianus* und setzt dessen Politik fort. Seine Weigerung die Minoritätsrechte anzuerkennen und den Vertrag zu unterfertigen ist im Grunde eine Spekulation darauf, dass die Alliierten durch grössere internationale Schwierigkeiten abgelenkt, bald aufhören werden, ihre Aufmerksamkeit dieser Sache zu zuwenden.

In der *Bukowina*, die jetzt rumänisch ist, haben alle nationalen Minoritäten, die Ukrainer, die Deutschen und die *Juden, Wahlenthaltung* für die Wahlen zur Konstituante proklamiert. Sie begründen diesen Schritt mit gleichlautenden Proklamationen, in denen sie erklären, dass sie durch die Wahlkreiseinteilung vergewaltigt werden, dass das Proportionalsystem für die Abstimmung nicht zugelassen wurde, dass die Wahlagitation durch Standrecht, Belagerungszustand und Presszensur verhindert würde.

In *Altrumänien* diskutieren alle Oppositions-Parteien die Frage der Wahlenthaltung wegen des Belagerungszustandes und der Presszensur. Die Sozialdemokraten, die Liga poporului und die konservativnationale Partei haben bereits Wahlenthaltung proklamiert.

— Für den 25. u. 26. Okt. wurde eine Landeskonferenz der Bukowinaer Zionisten nach *Czernowitz* einberufen. Die Tagesordnung setzt sich aus einem politisch-zionistischen, einem Palästina-, einem kulturellen und organisatorischen Teil zusammen.

Sokolow, Ministerpräsident?

Auf der Bukarester Zionisten-Konferenz wurde lt. „Mantiurea" ein Brief Dr. *Schmarjahu Lewins* vorgelesen, wonach *Sokolow* Ministerpräsident und *Dr. Lewin* Unterrichtsminister im palästinensischen Ministerium geworden wären. Die hebräische „Hacheruth" (Beilage der Czernowitzer Ostjüdischen Zeitung) berichtet ebenfalls von einer aus Paris erhaltenen Mitteilung desselben Inhaltes. (Dass diese Nachrichten den Tatsachen absolut nicht entsprechen, bedarf keiner Betonung, zumal derzeit von einem jüd. Ministerium in Palästina noch überhaupt keine Rede sein kann. Unklar ist nur, wie *Dr. Nacht* an der Konferenz einen Brief Dr. Lewin's vorlesen konnte, der diese Nachricht enthielt. Oder sollte auch dieser Brief nur eine Zeitungs-Ente sein? J.P.Z.)

Ungarn.

Schliessung der Budapester Hochschulen.

Budapest, 1. Okt. Kultusminister *Huszár* ordnete die *Schliessung der Hochschulen* an, nachdem die konfessionellen Schlägereien immer ärger wurden.

Budapest, (U. K. B.) Der Kultus- und Unterrichtsminister, Karl *Huszár*, erklärte einem Berichterstatter des „Pester Lloyd", daß die Budapester Hochschulen die wegen konfessioneller Hetzen geschlossen werden mußten, binnem kurzem wieder eröffnet werden sollen. Der Minister werde Sorge dafür tragen, daß die Universität nicht mehr zu einer Stätte von wilden Szenen erniedrigt werde. Nicht die Universitätsjugend sei dazu berufen, zu bestimmen, wer zu höheren Studien zugelassen werde, sondern die Gesetze des Landes. Auf einen Numerus clausus gehe der Minister unter keinen Umständen ein.

— In *Paks* ließ dieser Tage der Stuhlrichter Saboray die Juden auffordern, die Stadt binnen 24 Stunden zu verlassen, da sonst ein Pogrom stattfinden werde. Die Juden wandten sich an den Kommandanten des vor Paks ankernden englischen Monitors. Dieser befahl dem Stuhlrichter, die Frist um 12 Stunden zu verlängern, teilte dem Beamten aber mit, daß er sofort nach der Abreise der Juden die Stadt beschiessen lassen werde. Die Juden durften in Paks bleiben.

Budapest, 4. Okt. (Rum. P.-B.) Die jüdische Gemeinde in Budapest beschloß, aus dem Schoß des Judentums alle jene Juden auszuschließen, welche sich an der bolschewistischen Propaganda und an den bolschewistischen Verbrechen aktiv beteiligt haben.

— Der ungarische Zionistenführer *Samuel Bettelheim* in Budapest, richtet an die Redaktion der Pressburger „Republik" eine Zuschrift, in der er betont, dass er mit Dr. Ernst Bettelheim aus Sátoraljaujhely, welcher im Interesse Kuns in Wien tätig war, nicht identisch ist und seit Monaten nicht müde werde dies zu versichern.

Tschecho-slovakischer Staat.

Minister Benes über den Friedensvertrag.

Prag, 1. Okt. In der Nationalversammlung führte der erste Delegierte an der Friedenskonferenz, *Benes*, unter anderm aus, die Friedenskonferenz habe es nicht als nötig erachtet, in den tschechoslovakischen Friedensvertrag ähnlich wie in denjenigen mit Polen und Rumänien eine Klausel über den Schutz der Juden einzufügen. Die Mächte brachten dem Tschechoslovakischen Staat grösstes Vertrauen entgegen, ebenso der Völkerbund, da man dem Tschechoslovakischen Staate zutraue, dass er die Minderheiten in seinen Grenzen so behandeln werde, wie das einem Kulturstaat zukomme.

Prag. Anlässlich einer Debatte im Prager Gemeinderat betr. der Kriegsanleihen, erklärte *Dr. Ludwig Singer*, Präs. des Jüdischen Nationalrates, dass die bewusste Judenschaft sich von Anbeginn auf den Boden der tschecho-slovakischen Republik gestellt habe,

geleitet von den besten Absichte eines loyalen Bürgertums. Sie werde auch in Bezug auf die Staatsanleihe diese Loyalität bekunden, erwarte jedoch von dem neuen demokratischen Geist, in dessen Zeichen die Republik entstanden ist, die volle bürgerliche und politische Gleichheit und Gerechtigkeit seitens aller Faktoren des Staates. Diese Erwartungen wurden leider vielfach enttäuscht. Jüdische Bürger werden aus wirtschaftlichen, korrekt ausgeübten Funktionen verdrängt, jüd. Staatsangehörige in die Staatsämter nicht übernommen. Bei jeder Massenkundgebung von Unzufriedenheit werden hetzerische Reden gegen die Juden gehalten. Die Juden verlieren jedoch nicht den Glauben an den neuen Staat und seine Lenker, und hoffen zuversichtlich, dass sowohl das Volk als auch die Regierung, ihr Verhältnis zu den Juden nach den Grundsätzen der Demokratie und Objektivität einrichten werden. Deshalb werden sie auch für die Zeichnung des Staatsanleihe stimmen. Nach Dr. Singer sprach der zion. Gemeinderat *Dr. Pollak*.

— In der Sitzung der Nationalversammlung vom 18. Sept. richteten Abg. *Stodola* und Genossen folgende Anfrage an den bevollmächtigten Minister für die Slovakei: „Ist es war, dass insbesondere die jüd. Schulen und die jüd. Lehrer der Verfolgung durch den Referenten Stefanek preisgegeben sind.“ Minister *Srobar* beantwortete die Frage sogleich und sagte: „Ich bestreite, dass die jüd. religiösen Schulen irgendwelchen besonderen Vexationen ausgesetzt wären. Die jüd. Religionsgemeinschaft besitzt bis auf wenige Ausnahmen keine der slovakischen Sprache mächtigen Lehrer. In rein slovakischen Gemeinden verlangen wir allerdings auch die slovakische jüd. Schule. Aber auch da geben wir allen politisch nicht kompromittierten jüd. Lehrern, welche bereit sind, das Gelöbnis abzulegen, Gelegenheit zur Reaktivierung, sodass die Zahl der tatsächlich entlassenen Lehrer sehr niedrig ist (etwa 20).

— In Mähren hat sich eine Geheimgesellschaft unter dem Namen „Blauer Stern“ gebildet, welche die Ausrottung der Juden durch Veranstallung von Massenpogromen zum Zwecke hat und ihre Tätigkeit über das Gebiet der Tschecho-Slovakei erstreckt. Plangemäss sollten die Judenmetzeleien Ende September, also zur Zeit der hohen jüdischen Feiertage, in Szene gesetzt werden. Die tschecho-slovakische Regierung hat von der Tätigkeit der Gesellschaft „Blauer Stern“ Kenntnis, was daraus hervorgeht, dass an alle Sicherheitsposten und Gendarmeriekommandanten Erlässe ergangen sind, die Arbeit der Pogromagitatoren zu verfolgen und Ausschreitungen rechtzeitig zu verhüten.

— Die „Zidovske Zvravy“ veröffentlicht vom Korporal *T. B. Breth* vom 30. Bataillon Royal Fusiliers, dem einzigen tschechoslovakischen Juden in der jüd. Legion, aus dem Lager von Ramleh in Palästina, einen Brief über die jüd. Legionen, der mit folgenden Worten schliesst: Nur wenige wurden von den feindlichen Waffen verwundet, aber der mühevolle Marsch in dem heissen Klima war die Ursache, dass mehr als die Hälfte am Fieber erkrankte und mancher jüd. Held in den jüd. Spitälern seine Seele aushauchte. Nach einer gewissen Zeit war das Regiment so geschwächt, dass es anderen Truppenteilen zugeteilt werden musste, und erst als Verstärkungen aus England und Amerika hinzukamen, wurde es neu aufgestellt. Aber nach zweitausend Jahren hatten die Juden wieder gezeigt, dass sie nicht nur als Einzelne, sondern auch als Truppe zu kämpfen wissen und General *Allenby* telegraphierte den Ruhm jüd. Heldentums in die ganze Welt hinaus.

Deutsch-Oesterreich.

Wien, 29. Sept. (W. T. B.) Wie die „Reichspost“ von unterrichteter Seite erfährt, kann eine für den 5. Oktober angesetzte Kundgebung vor dem Rathause für die endliche Ausweisung der ausländischen Juden nicht erlaubt werden, weil die Ententevertreter gegen die Abhaltung der Versammlung Stellung nehmen und für die außenpolitische Lage der Republik im Falle des Stattfindens der Kundgebung unangenehme Folgen erwachsen könnten. (Nach weiteren Nachrichten wurde die Versammlung doch zugelassen. J.P.Z.)

Verbot weiterer Strassenkundgebungen.

Der J. G. Korrespondent der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ telegraphiert aus Wien: Die Wiener Missionen der fremden Staaten, insbondere die *amerikanische* Mission in Wien, sprachen Freitag beim Staatskanzler *Renner* vor und wiesen auf die wiederholt stattgefundenen Judenhetzen hin, die die amerikanischen Kreditbemühungen für die Deutschösterreichische Republik ungünstig beeinflussen und dass die Fortsetzung der Judenhetze die Schwierigkeiten noch vermehren würde. Die Regierung erliess daraufhin ein Verbot weiterer Strassenkundgebungen.

Fachleute für Palästina.

Das Palästina-Amt in Wien teilt mit: Für eine in Palästina in nächster Zeit zu errichtende Zementfabrik wird ein erstklassiger Fachmann aus der Zementindustrie bei gutem Gehalt gesucht. Da die diesbezüglichen Vorbereitungen schon in kürzester Zeit durchgeführt werden sollen, wäre es erwünscht, wenn sich die entsprechenden Fachleute möglichst bald melden würden.

Deutschland.

Die preussische Regierung gegen die Ausweisung der polnischen Juden.

Berlin, 3. Okt. (Wolff.) In der heutigen Sitzung der preussischen Landesversammlung gab die Regierung auf eine Anfrage des Abgeordneten *Aschkewitz*, mit welchen Mitteln sie der starken Einwanderung galizischer und polnischer Juden begegnen wolle, eine Erklärung ab, in der es u. a. heisst: Lästige Ausländer können nach den bestehenden Bestimmungen allerdings abgeschoben werden. Von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen, wenn es sich um Flüchtlinge handle, die der zwangsweisen Einstellung in die polnische Armee entgehen wollten, empfehle sich nicht, so lange im Osten der Friedenszustand nicht tatsächlich hergestellt sei. Flüchtlinge nach Polen abzuschieben, wo Judenpogrome eine ständige Gefahr seien, verbiete sich aus Gründen der Menschlichkeit.

— Die Gleichstellung der jüdischen Konfession mit den christlichen Bekenntnissen kommt in Preussen fortan dadurch zum verwaltungsrechtlichen Ausdruck, dass die Angelegenheiten des Judentums nicht mehr dem Ressort des Ministerium des Innern unterstehen, sondern im „Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung“ (Kultusministerium) bearbeitet werden. Der

Herr Minister hat nunmehr zur Erstattung von Gutachten in jüdisch-religiösen Angelegenheiten auf Vorschlag der „Freien Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums“ und des „Verbandes der deutschen Juden“ die Rabbiner Dr. Munk und Justizrat Dr. Lilienthal in Berlin als Sachverständige zu berufen. Die beiden Sachverständigen sollen vor jeder wichtigen Entscheidung gehört werden. (Jüd. Volkszeitung, Breslau.)

— Der Verband der osteuropäischen Juden Deutschlands liess einen Aufruf an alle jüd. Arbeitsgeber in allen Teilen Deutschlands ergehen, um den ostjüdischen Heimlosen, welche die Pogrom-Sintflut speziell aus Polen zur Flucht nach Deutschland zwingt und unter denen sich viele qualifizierte Arbeiter befinden, Beschäftigung und Arbeit zu geben. Der Verband, der in fast allen Städten Deutschlands Organisationen besitzt, will systematisch zwischen den Arbeitsgebern und den osteuropäischen Arbeitsnehmern vermttteln.

— Der jüd. Schulverein plant für Ende Oktober d. J. die Errichtung eines hebräischen Sprachseminars in Berlin. An ihm sollen hebräische Sprachlehrer und -lehrerinnen für die Unterrichtstätigkeit im Galuth ausgebildet werden. (Jüd. Echo, München.)

— An zwei Münchner Bühnen hat man augenblicklich Gelegenheit, spezifisch jüdisches Theater kennen zu lernen. In den Kammerspielen gastiert Rudolf Schildkraut, dieser große Menschendarsteller, in dem Drama „Der Gott der Rache“, von Schalom Asch, und im „Neuen Theater“, das jetzt unter dem Titel Lustspielhaus von Frau Hermine Körner übernommen und neu eröffnet wird, spielt das „Warschauer Jüdische Theater“ Stücke, die recht hübsch wären, wenn man sie nur einigermaßen verstände. Auch hier überragt eine Persönlichkeit alle Mitspielenden: Frau *Jacubowicz*, die man nicht mit Unrecht schon wiederholt die polnische Duse genannt hat. (Neue Zürcher Zeitung).

Türkei.

— Die Medjliss-Djismani und die Vertreter der Gemeinden der Hauptstadt, die sich am 12. Aug. vereinigt, hatten, um sich über die Teilnahme der. jüd. Bevölkerung an den bevorstehenden Wahlen für die Gesetzgebende Versammlung zu äussern, nahmen eine Resolution an in der es heisst:

Die Gemeinde sieht sich gezwungen von der Teilnahme an den Wahlen abzusehen, da dieselben nach einem alten Wahlgesetz, welches die Rechte der Minoritäten nicht garantiert, stattfinden, sodass die gewählten Vertreter nicht den Willen der jüd. Nation auszudrücken vermöchten. Sie könnte erst wieder an den Wahlen teilnehmen, wenn die Regierung den Prinzipien Wilsons gemäss, die Juden in die Lage versetzt, ihre Vertreter ganz unabhängig in einem besonderen Kollegium zu wählen.

Der Ober-Rabbiner wurde beauftragt diesen Beschluss dem Grosswesir mitzuteilen.

— Der türkische Kriegsminister *Nazim Pascha* hat eine Verordnung erlassen, wonach von nun an Griechen, *Juden* und Armenier in gleicher Weise vom Militärdienst frei sind.

Algerien.

H. Fridmann, Ober-Rabb. von Algerien, hegt den Plan, in der algerischen Hauptstadt in einem grossen Bau alle Administrationen und Wohltätigkeitsanstalten der jüd. Gemeinde zu zentralisieren. Er richtete an die reichen Juden von Algerien einen Appell, dem die Juden mit solchem Eifer nachgekommen sind, dass die Liste der bisher Zeichnenden 225,000 Fr. eingebracht hat. Wenn es in diesem Tempo weiter geht — schreiben die „Annales Africaines“ — so wird das Palais des algerischen Judentums reicher werden als das des Gouverneurs.

Amerika.

Lösegeld für russische Juden.

Unter diesem Titel veröffentlicht laut „The Day and the Wahrheit“ eine amerikanische Zeitung einen Teil des Briefwechsels zwischen Jacob Schiff und A. Sack dem Leiter des russischen Informationsbüros, das die Propaganda für die Regierung Koltschaks führt. Es werden darin u. a. auch Besuche erwähnt, die Jakob Schiff, Oskar Strauss, Louis Marshall und Rabbi Wise dem russischen Metropoliten Platon abgestattet haben. Es handelte sich hauptsächlich darum, auf die beunruhigenden, aus Sibirien eintreffenden Berichte hinzuweisen, wonach den dortigen Juden grosse Gefahr drohe. In einem Briefe an den Hauptleiter des Informationsbüros bei der russischen Gesandtschaft in Washington, Karpowitsch, weist Sack auf die Wichtigkeit hin, mit diesen Vertretern des Judentums in gutem Einvernehmen zu bleiben. Die amerikanische Zeitung schliesst ihren Artikel mit folgenden Worten: So wird durch ein Mitglied der alten zaristischen Pogrom-Organisation der Versuch gemacht, von den amerikanischen Juden Lösegeld für das Leben ihrer russischen Brüder zu erhalten, um so die „Schwarzen Hundert“ in Rußland zum Wiederaufleben zu bringen.

Eine jüdische Kunst-Schule in New-York.

In East Side, dem jüdischen Viertel von New-York, wurde eine Kunst-Schule mit 50 Studenten und Studentinnen eröffnet. Außer Malerei und Skulptur werden noch andere Zweige der Kunst gelehrt.

— Um den gesteigerten Anforderungen im jüd. Hilfswerk, die die Kriegsperiode mit sich gebracht hat, und um für die nächsten fünf Jahre vorzusorgen, beabsichtigen die Leiter der jüd. philanthropischen Gesellschaften in Amerika bis zum Monatsende 8 Mill. Dollars aufzubringen. Die Sammlung geht mit gutem Erfolg vorwärts.

New-York. Der kürzlich verstorbene *Ludwig Dreyfuss* hat über eine Million Doll. für Wohltätigkeitszwecke vermacht. 600,000 Doll. sollen nach dem Tode seiner Frau den vereinigten jüd. Wohltätigkeitsanstalten zufallen, 200,000 Doll. der Federation der jüd. philantropischen Gesellschaften, und 240,000 Doll. an eine Anzahl Hospitäler und Personen.

Syrien.

Emir Feysul beim Chacham Baschi von Damaskus.

Laut „Hadshoth Haaretz“ hat die arabische Presse von Damaskus in letzter Zeit aufgehört, sich so intensiv wie vorher mit der Frage des Zionismus zu beschäftigen. Man höre zwar noch hie und da ein scharfes Wort, aber im allgemeinen sei das Gift verschwunden.

Am 20. Tamuz besuchte *Emir Feysul* den Chacham Baschi von Damaskus. Im Verlauf der $^3/_4$ stündigen

Unterredung wurde auch die Frage des Zionismus eingehend erörtert. Der allgemeine Eindruck war, dass Emir Feysuls Sympathie für den Zionismus von seiner politisch-semitischen Weltanschauung stamme. Die lokale Presse beanstandete auch nicht Emir Feysuls Besuch beim Chacham Baschi.

Palästina.

Expresszug London-Jerusalem.

Demnächst soll ein Expressdienst London-Jerusalem mit direkten Wagen über Konstantinopel von einer internationalen Bahnbau-Gesellschaft eingerichtet werden. (Siehe J. P. Z. Nr. 10 vom 30. Jan. 1919).

Eisenbahnen in Palästina.

Einer Zusammenstellung des K. Z. B. entnehmen wir folgende Mitteilung über den gegenwärtigen Stand des palästinensischen Bahnnetzes. Folgende Linien sind in Betrieb: Kantara-Haifa 415 km, Lud-Jerusalem 69 km, Lud-Jaffa 20 km, Rafa-Berseba 50 km, Haifa-Dera 164 km, Damaskus-Dera-Maan 460 km und Haifa-Akko 17 km.

Die Nordau-Gartenstadt.

Die Verwaltung des J. N. F. hat beschlossen, die Sammelstellen in allen Ländern aufzufordern, während der Chanukah-Tage dieses Jahres Palästina-Wochen in grossem Stile abzuhalten, deren Ergebnis der Nordau-Stadt zufliessen soll.

— Am 18. August feierte die jüdische Gesellschaft in Palästina den Jahrestag, an dem die amerikanische zionistische medizinische Expedition „Hadassa" ihre Tätigkeit begonnen hat. Schon ein kurzer Ueberblick über ihre Tätigkeit beweist die hohe Bedeutung dieses wichtigen Unternehmens. Das von der Gesellschaft eröffnete Rothschild-Hospital hat bereits 120 Betten. Das Hospital besitzt mehrere Abteilungen, in denen mehr als 60 Aerzte und Beamte beschäftigt sind. Man ist dabei, eine Röntgen-Abteilung zu eröffnen. Während des letzten Monats haben mehr als 3200 Personen die Dienste dieses Hospitals in Anspruch genommen. Die Hilfeleistung erfolgte an sämtliche Patienten ohne Unterschied der Konfession oder der Nationalität. Die armen Patienten werden kostenlos behandelt, während die Bemittelten ein geringes Honorar zu entrichten haben.

— Der Sekretär der „Palestine Water Commission" berichtet, dass die palästinensische Misrachi-Organisation für das Fischer-Dorf, wohin 60 Personen zur Ausbildung in maritimen Berufen kommen sollen, die Lieferung einer vollständigen Kücheneinrichtung versprochen hat.

— In Jerusalem haben die Arbeiten zur Ausführung des von der Zionistischen Kommission aufgestellten Drainierungsplanes für die jüd. Viertel der Stadt begonnen. —

— Die Bne-Brith-Loge in Jerusalem beschloss, ihre Bibliothek der Zionistischen Organisation als Grundstock für die Jüdische Nationalbibliothek zu übergeben.

— Das 38. (jüdische) Bataillon hat dem Museum des „Bezalel" in Jerusalem folgende Geschenke gemacht: Zwei Kanonen, die das Regiment von den Türken im Tischri vorigen Jahres bei den Kämpfen in Es-Salt im Sturm erobert hat; die Fahne des Regiments und die Fahne der argentinischen Legionäre, die der Legionär Ginsburg aus Argentinien mitgebracht hatte; den Schofar des Regimentes, mit dem am Rosch-ha-schana während der Kämpfe an der Front geblasen wurde; den Chanukaleuchter des Regiments. Die Geschenke, die mit der Genehmigung des Colonel Paterson gemacht wurden, haben einen Massenbesuch des Museums zur Folge gehabt.

— Eine grosse jüd. Film-Gesellschaft mit dem Namen „Menorah" hat sich gebildet, die in Palästina die Filmindustrie speziell vom jüdisch-nationalen Standpunkt fördern will. Als künstlerischer Leiter des Unternehmens ist der bekannte jüd. Künstler J. Bendow bestimmt worden.

— Dr. N. *Turow*, Chef-Redakteur des pädagogischen Organs „Hachinuch" und der Tageszeitung „Hadshoth Haaretz", verläßt demnächst Palästina, um sich nach Amerika zu begeben.

Schweiz.

Interpellation über die Judenpogrome in der Schweiz. Bundesversammlung.

In der Schweiz. Nationalversammlung interpellierte Nationalrat *Brand* am 2. Okt. den Bundesrat über die Judenmetzeleien in Galizien, indem er dem Bundesrat nahelegt, gegen diese unerhörten Grausamkeiten die Stimme der Menschlichkeit zu erheben. Der Interpellant betont insbesondere, dass die Behauptung, die Juden in Galizien hätten sich bolschewistischer Umtriebe schuldig gemacht, eine leere Beschuldigung sei, die im Widerspruch zu der ganzen antibolschewistischen Haltung der galizischen jüdischen Presse stehe.

Bundesrat *Calonder* fügt in seiner Antwort folgendes aus: *Der Bundesrat hat die grösste Anteilnahme empfunden für die Opfer der Judenmetzeleien;* aber nicht jedes menschliche Empfinden kann den Bundesrat zu einer politischen Aktion veranlassen. Im Jahre 1918 sind dem Bundesrat von dem Verband „Pro Causa Judaica" und vom Zionistischen Verband Eingaben über die galizischen Pogrome zugegangen, die er auf Bitte der Verbände hin den Ententeregierungen weitergab, ohne irgendwie zu den behaupteten Tatsachen Stellung zu nehmen. Der Bundesrat kann sich auf die Angelegenheit selbst auf keinen Fall einlassen, da ihm die Mittel fehlen, die massgebenden Tatsachen und die Verantwortlichkeiten festzustellen. Wir können uns um so weniger einmischen, als wir keinen Grund haben zu der Annahme, dass durch die Regierung der neuen Republik Polen, mit der wir in freundschaftlichen Beziehungen stehen, diese Ausschreitungen irgendwie begünstigt oder gar veranlasst worden wären. So sehr wir also die Opfer der Ausschreitungen bedauern, so sehr muss ich es als Vertreter des Bundesrates ablehnen, einen positiven politischen Schritt zu unternehmen.
— Der Interpellant erklärt sich von der erhaltenen Auskunft nicht befriedigt.

Presse- und Verlags-Notizen.

— In Wilna ist die erste Nummer der neuen Wochenschrift „Haschwua" mit Beiträgen von L. Joffe, Schofmann, Zitron und anderen Schriftstellern erschienen.

— Demnächst wird in Strassburg eine zionistische Wochenschrift „Le Juif" zu erscheinen beginnen.

— In Montreal ist das Erscheinen einer neuen Zeitung „Der jüdische Immigrant" für die nächste Zeit angekündigt, unter der Redaktion von A. Almi (A. Ch. Scheps) aus Warschau, der sich derzeit in Kanada befindet.

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Druck von Kopp-Tanner, Zürich